

Gerald Götting

Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen
Neuorientierung der Christenheit
in Deutschland

Die Kirchen und das Nationale Dokument



Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen
Neuorientierung der Christenheit
in Deutschland

Die Kirchen und das Nationale Dokument

1962

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

I.

Das Grundsatzprogramm „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“, das der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auf seiner 11. Tagung verabschiedet und zur Diskussion gestellt hat, ist ein Lehrbuch der Geschichte unseres Volkes in den letzten hundert Jahren und eine Anleitung zur friedlichen Lösung der Lebensfragen unserer Nation.

Wer als Christ dieses Dokument aufmerksam studiert, der wird dankbar begrüßen, daß damit auch ihm eine Hilfe gegeben wird, seine und seiner Kirchen Vergangenheit kritisch zu überdenken und daraus Schlußfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen. Beim Studium des Dokuments werden viele Fragen nach der Haltung der Christen in der Zeit des wilhelminischen Deutschland und im ersten Weltkrieg, während der Weimarer Republik und in der Nacht des Faschismus lebendig. Die Beantwortung dieser Fragen, zu der das Nationale Dokument anleitet, führt unmittelbar in die aktuellen Aufgaben unserer Gegenwart hinein, weil sie deutlich macht, daß der Christ nur dann die rechten Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat, wenn er heute den ersten Friedensstaat in der deutschen Geschichte festigen hilft.

Die aggressive und revanchistische Politik des in Westdeutschland wiedererstandenen Militarismus und Imperialismus hat in einer Zeit, in der die friedliebenden Menschen aller Völker auf Verständigung drängen, die Lage in Deutschland und in der Welt verschärft. Sie stellt eine ernste Bedrohung des Friedens in der Welt dar. Diese Gefahr kann allein durch Taten gebannt werden. Zu solchen Taten anzuspornen und hinzuführen ist letztes Ziel der Veröffentlichung des Dokuments. Indem es feststellt, wo wir uns heute befinden und in welche Richtung der Weg führt, auf dem der Frieden gesichert und unsere Nation wiedergeboren werden kann, zeigt es jedem einzelnen von uns, wo seine Aufgabe liegt, was er zu tun hat in dieser Zeit großer weltpolitischer Entscheidungen.

Nicht umsonst macht das Dokument an verschiedenen Stellen darauf aufmerksam, daß die Weigerung und die Unfähigkeit der deutschen Großbourgeoisie, die Kräfteverhältnisse in

der Welt richtig einzuschätzen, unser Volk in zwei furchtbare Kriege gestürzt hat. Gerade der Christ, den das Evangelium immer wieder mahnt, wachsam und nüchtern zu sein, kann sich dem Ruf zum Realismus nicht verschließen.

Es gab und gibt auch in unserem Staat noch Christen, die nicht gern über den Wesensunterschied zwischen den beiden deutschen Staaten sprechen. Sie glauben in ihrem Schmerz über die Spaltung unseres Vaterlandes, die Gefahren der aggressiven Bonner Politik bagatellisieren, die Ursachen der Zerreißen Deutschlands und die Gegensätze zwischen beiden deutschen Staaten ignorieren zu können.

Natürlich schmerzt es uns alle, daß Westdeutschland sich aus dem deutschen Nationalverband herausgelöst hat. Diese Tatsache wird jedoch nicht dadurch überwunden, daß man vor ihr die Augen verschließt. Im Gegenteil, nur eine realistische Einschätzung der Ursachen dieser Entwicklung kann zum Ausgangspunkt für eine friedliche Lösung der deutschen Frage werden. Nur die Erkenntnis, daß der deutsche Imperialismus einer friedlichen Entwicklung in Deutschland im Wege steht, schafft die Voraussetzung für konstruktive Aktionen.

Das Nationale Dokument schafft darüber mit seinen lapidaren Formulierungen Klarheit. Die beiden deutschen Staaten stehen sich heute feindlich gegenüber. Diese Feststellung ist hart; aber sie entspricht der Wirklichkeit. Daß Deutsche gegen Deutsche gekämpft haben, das hat es in der Geschichte der letzten hundert Jahre immer wieder gegeben. Nur waren es immer die Vertreter der herrschenden Klassen, die Junker und Konzernherren und ihre Landsknechte, die die Arbeiter und Bauern unterdrückt und ausgebeutet, verfolgt und ermordet haben.

Unser verehrter Freund Emil Fuchs erzählt im zweiten Teil seiner Lebenserinnerungen vom Einmarsch der Reichswehr in Thüringen im Jahre 1924. Er schreibt:

„So hatten wir in Eisenach bewegte Tage. Die Arbeiterschaft – zum Teil erwerbslos – war sehr erregt. So wurde eine durch meinen Westbezirk marschierende Reichswehrabteilung von Arbeitern angerufen, fühlte sich bedroht, schoß und tötete fünf Mann aus meinem Seelsorgebezirk... Nach einiger Zeit zog die Reichswehr zunächst nach Osten ab. Nun nahmen die Freiwilligen Marburger Studenten aus Ruhla zwölf Männer mit, die ihnen als Kommunisten denunziert waren, schleppten sie bis Sättelstädt und erschossen sie – angeblich auf der Flucht – zwischen diesem Ort und Mechterstädt. Sie lagen tot auf einer Wiese verstreut.“

Das ist nur einer von vielen Fällen. Mitten in dem, was die Imperialisten „Frieden“ nannten, praktizierten sie in der verbrecherischsten Art ihre abgrundtiefe Feindschaft gegenüber einfachen Menschen. Hunderte von deutschen Arbeitern wurden auf die gleiche Weise in der Weimarer Republik im Auftrage der deutschen Großbourgeoisie umgebracht. In den faschistischen Konzentrationslagern wurde der Mord an deutschen Patrioten nach den Methoden Eichmanns in der grausamsten und verbrecherischsten Weise perfektioniert.

Nach dem zweiten Weltkrieg übernahm in unserem Teil Deutschlands die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen wirklich demokratischen Kräften die Macht. Damit setzte sie dem Mordterror der Großbourgeoisie ein für allemal ein Ende. Im westdeutschen Staat aber sitzen die Mörder deutscher Arbeitersöhne und Demokraten, diejenigen, die diese Mörder geistig ausrüsteten oder auch nur wohlwollend duldeten und alle, die das Erbe jener Mörder angetreten haben, in einflußreichen Stellen von Staat, Armee, Justiz und Wirtschaft. Auf diese Weise haben die gegensätzlichen Traditionen der deutschen Geschichte, die Tradition der Restauration, des Krieges und der Unterdrückung der Volksmassen auf der einen Seite und die des sozialen Fortschritts, der politischen Befreiung, des Humanismus und Friedens auf der anderen Seite, in zwei deutschen Staaten konkrete historische Gestalt angenommen.

Daß diese beiden Staaten sich feindlich gegenüberstehen, bedeutet nicht, daß die Bürger der DDR Feinde ihrer Brüder und Schwestern in Westdeutschland wären oder umgekehrt. Im Gegenteil: die Existenz des ersten Arbeiter- und Bauernstaates in der deutschen Geschichte schafft die Voraussetzung dafür, daß dieser Kampf Deutscher gegen Deutsche endlich überwunden werden kann – nicht durch eine Zauberformel, sondern einzig und allein dadurch, daß wir den Kräften des Friedens und des Fortschritts in ganz Deutschland zum Siege verhelfen, daß wir denen, die unser Volk in den vergangenen fünfzig Jahren in zwei Katastrophen gestürzt haben und die die eigentlichen Feinde unseres Volkes sind, das Handwerk legen.

In einer Aussprache, die kürzlich einige unserer Freunde mit Westberliner Bürgern über das Nationalratsdokument führten, berichtete eine ältere einflußreiche Dame aus Westberlin von einer längeren Reise durch Westdeutschland. Sie hatte auf dieser Reise mit einer Reihe Politikern des westdeutschen Staates gesprochen und dabei ihrer Sorge über das Schicksal unserer Nation Ausdruck gegeben. Diese Dame zeigte sich in jenem Gespräch zutiefst erschüttert über das

Desinteresse, auf das sie in bezug auf diese Frage überall gestoßen war. Nach diesen Erlebnissen — so berichtete sie — habe sie sich allen Ernstes die Frage gestellt, ob es jemals in Deutschland eine einheitliche Nation gegeben habe, ob nicht die Klasseninteressen der herrschenden Schichten eine echte Einigung der Nation verhindert hätten. Denn Bismarcks Einigung Deutschlands sei in erster Linie im Interesse der Bourgeoisie und nicht im Interesse der Nation vollzogen worden.

Diese Äußerungen rühren in der Tat an ein Grundproblem unserer Geschichte. Im Dokument wird dazu folgendes festgestellt:

„Daß die staatliche Einigung nicht unter Führung demokratischer Kräfte zustande kam, hatte verhängnisvolle Folgen für die weitere nationale Entwicklung Deutschlands. Das verschärfte alle inneren und äußeren Gegensätze.“

Wenn das nationale Dokument auf diese Weise wichtige Zusammenhänge ans Licht bringt, dann ruft es damit uns Christen zum Überdenken unserer eigenen Vergangenheit auf, zum Fragen danach, inwieweit Kirche und Christen die reaktionären und antinationalen Kräfte unterstützt und inwieweit sie gegen Krieg und Ausbeutung gekämpft haben. Eine Besinnung auf das Versagen und auf die Bewährung christlicher Menschen in der Vergangenheit wird uns helfen, unsere Aufgaben im Heute und Hier besser zu erkennen.

II.

Man hat vom „Konstantinischen Zeitalter“ der Kirche gesprochen und damit jene, Jahrhunderte umfassende Epoche der Kirchengeschichte charakterisiert, in denen die Kirche als Pflegestätten einer staatlich geförderten Religion auf das engste mit den herrschenden Klassen verbunden waren. Thron und Altar gehörten auch im Staate Bismarcks zusammen. Der deutsche Kaiser und König von Preußen war nicht nur oberster Bischof der evangelischen Kirche seines deutschen Teillandes. Die offizielle Kirche selbst fühlte sich als wesentliche Stütze des Staates. Sie kämpfte an der Seite Bismarcks gegen die Arbeiterklasse. Sie feierte die Eroberung von Kolonien in Afrika als „Sieg des Protestantismus“. Sie bezeichnete den Waffendienst für Preußens Gloria als „Gottesdienst“. Schon damals war die Militärseelsorge ein wichtiger Faktor im Bündnis von Staat und Kirche. Wer in Preußen-Deutschland eine kirchliche Karriere machen wollte, der mußte sie als Militärpfarrer beginnen.

Wenn auch der 1871 durch Blut und Eisen ins Leben gerufene Staat des preußischen Junkertums und der deutschen Großbourgeoisie weithin dem Protestantismus eine besondere Vormachtstellung einzuräumen sich bemühte, wie die Episode des sog. „Kulturkampfes“ zeigte, so stand die katholische Hierarchie doch keineswegs auf seiten der Unterdrückten. Über alle konfessionellen Streitigkeiten hinweg ergriff auch sie Partei für den deutschen Imperialismus. Der Breslauer Kardinal Kopp z. B. bemühte sich nach Ende des „Kulturkampfes“ besonders intensiv um eine Aussöhnung der katholischen Kirche mit dem preußischen Staat. Im Jahre 1893 veranlaßte er einige katholische Junker aus Schlesien, an ihrer Spitze den Freiherrn von Huene, im Gegensatz zum linken Flügel des Zentrums im Reichstag für die Militärseelsorge der imperialistischen Regierung zu stimmen.

Überhaupt ging es damals bei den Auseinandersetzungen der katholischen Zentrumspartei mit den hinter dem Kaiser stehenden Parteien gar nicht etwa um eine grundsätzliche Ablehnung, sondern um einen größeren Einfluß im Staat des deutschen Imperialismus. Bereits im Jahre 1884 hatte sich das Zentrum grundsätzlich hinter die räuberische deutsche Kolonialpolitik gestellt, die Tausenden von Afrikanern das Leben kostete. In einem Wahlaufuf erklärte die katholische Partei damals:

„In einer gesunden Kolonialpolitik ein hervorragendes Mittel zur Förderung der Volkswohlfahrt erblickend, werden wir derselben unsere Unterstützung leihen.“

Wie vollständig die offiziellen Kirchen zu Interessenvertretern der herrschenden Klassen in Deutschland geworden waren — es gab nur wenige einzelne Christen, die diesen Weg nicht mitgingen —, wie nahezu fügenlos ihre Integration in den Staat des deutschen Imperialismus vollzogen war, das zeigte in erschreckender Deutlichkeit die kirchliche Haltung beim Beginn des ersten Weltkrieges. Die Kriegspredigten der damaligen Zeit sind voll von Blasphemien auf das Evangelium der Liebe und der Brüderlichkeit. Friedrich Naumann hat diese kirchlichen Kundgebungen zum Krieg mit Recht als „Mischungen aus Bethlehem und Potsdam“ bezeichnet.

Auch in der Weimarer Republik setzte sich diese verhängnisvolle Tradition fort. Zwar gab es nun schon eine größere Zahl von Pastoren und eine Reihe christlicher Gruppen, die von den Erschütterungen des Krieges zu neuen Erkenntnissen und zu vorwärtsweisenden politischen Aktionen geführt worden waren. Aufs ganze gesehen aber hatten weder die deut-

sche Großbourgeoisie noch die Kirchen die Lehren aus der Katastrophe des ersten Weltkrieges gezogen. In den offiziellen kirchlichen Verlautbarungen bekannte man sich uneingeschränkt zur sogenannten „Dolchstoßlegende“. Auf dem Evangelischen Kirchentag des Jahres 1919 rief der Vorsitzende klagend aus:

„Die Herrlichkeit des deutschen Kaiserreiches, der Traum unserer Väter, der Stolz jedes Deutschen ist dahin. In diesen Zusammenbruch ist die evangelische Kirche der deutschen Reformation tief hineingezogen... wir können nicht anders als in tiefem Schmerz feierlich zu bezeugen, wie die Kirchen unseres Vaterlandes ihrem fürstlichen Schirmherrn... vielen Dank schulden und wie dieser tiefempfundene Dank im evangelischen Volk unvergeßlich fortwirken wird.“

Aus dieser Haltung heraus hat man nicht nur die Arbeiterbewegung mit Fluch und Bann belegt. Sogar der formaldemokratische bürgerliche Staat von Weimar wurde mißtrauisch betrachtet. An die Stelle des Bündnisses von Thron und Altar trat das Bündnis mit den Deutschnationalen. Der bekannte Kirchenhistoriker Karl Kupisch charakterisiert diese Entwicklung folgendermaßen:

„So verehrte man die nationalen Symbole der früheren Zeit als unverändert gottgewollt, würzte die Predigten mit patriotisch-religiösen Wendungen, weihte Fahnen und Gedenksteine und gelobte, dem ‚verratenen Vaterland‘ die Treue im Glauben und mit der Tat zu halten. ‚Dem alten Schwert den neuen Sieg‘, so schloß eine Berliner Silvester-Predigt 1922... Viele Pastoren beteiligten sich an wehrfreudigen Männertreffen und hielten dort sog. ‚Feldgottesdienste‘ ab, wo sie mit der ganzen Waffenrüstung des ‚deutschen Glaubens‘ – ‚der alte Gott lebt noch!‘ war eine der Losungen – den traditionellen protestantisch-preußischen Bogen von Wittenberg nach Potsdam schlugen.“

Auf diese Weise halfen die offiziellen Kirchen kräftig mit, der Herrschaft Hitlers den Boden zu bereiten. Sie ließen sich deshalb auch nicht halten, das Jahr 1933 als „nationale Wende“ zu feiern. Das gilt für die evangelische wie für die katholische Kirche. In dem „Gemeinsamen Hirtenbrief der Oberhirten der Diözesen Deutschlands“ erklärte die Fuldaer Bischofskonferenz am 9. Juni 1933:

„Wenn wir unsere Zeit mit der vergangenen vergleichen, so finden wir vor allem, daß sich das deutsche Volk noch mehr als bisher auf sein eigenes Wesen besinnt, um dessen Werte und Kräfte zu betonen. Wir deutschen Bischöfe sind weit davon entfernt, dieses nationale Erwachen zu unterschätzen oder

gar zu verhindern... Wir deutschen Katholiken brauchen daher auch keine Neueinstellung dem Volk und Vaterland gegenüber, sondern setzen höchstens bewußter und betonter fort, was wir bisher schon als unsere natürliche und christliche Pflicht erkannten und erfüllten.“

Was die Grundlage dieser Gemeinsamkeit ist und was „den herzlichen Dank aller Katholiken verdient“, wird in diesem Hirtenbrief ausdrücklich genannt:

„Nicht mehr soll also der Unglaube und die von ihm entfesselte Unsittlichkeit das Mark des deutschen Volkes vergiften, nicht mehr der mörderische Bolschewismus mit seinem satanischen Gotteshaß die deutsche Volksseele bedrohen und verwüsten. In Erinnerung an die großen Jahrhunderte deutscher Geschichte sollen die neue deutsche Würde und Größe aus der christlichen Wurzel erblühen...“

Geliebte Diözesanen! Wenn wir deutschen Bischöfe die aufgezählten Forderungen erheben, so liegt darin nicht etwa ein versteckter Vorbehalt dem neuen Staat gegenüber. Wir wollen dem neuen Staat um keinen Preis die Kräfte der Kirche entziehen, und wir dürfen es nicht, weil nur die Volkskraft und die Gotteskraft, die aus dem kirchlichen Leben unversiegar strömt, uns erretten und erheben kann. Ein abwartendes Beiseitestehen oder gar eine Feindseligkeit der Kirche dem Staate gegenüber müßte Kirche und Staat verhängnisvoll treffen.“

Für manchen Christen gab es bald ein grausames Erwachen nach solchen Parolen. Im Raume des deutschen Protestantismus formierte sich die Bekennende Kirche. Auch katholische Geistliche und Laien stießen zum gemeinsamen antifaschistischen Widerstand. Die offiziellen Kirchen aber haben mit nur geringfügigen Modifikationen dieses verhängnisvolle Bündnis durchgehalten bis zum schrecklichen Ende. Fünf Wochen nach dem verbrecherischen Überfall der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion richtete der katholische Feldbischof Justus ein „Hirtenwort an die katholischen Wehrmachtsangehörigen zum großen Entscheidungskampf im Osten“. Darin heißt es wörtlich:

„Wie schon oft in der Geschichte ist Deutschland in der Gegenwart zum Retter und Vorkämpfer Europas geworden. Viele europäische Staaten wissen es, daß der Krieg gegen Rußland ein europäischer Kreuzzug ist. Die Völker Europas müßten ihre Geschichte verleugnen und ihre Zukunft verneinen, wollten sie nicht von Herzen jene Entscheidung herbeisehen, die den Bolschewismus für alle Zeiten aus der Geschichte vertilgt. Dieses starke und verpflichtende Erlebnis eures Einsatzes im Osten wird euch zum Bewußtsein bringen, wie unsagbar groß das Glück ist, daß wir Deutsche sein dürfen.“

Der Zynismus, mit dem hier der christliche Glaube für Krieg und Zerstörung mißbraucht wird, wird nur noch übertroffen von der Art und Weise, mit der man heute in Westdeutschland das Evangelium zum Hauptfaktor der psychologischen Kriegsführung gegen die DDR verfälscht.

Was das Nationale Dokument im Blick auf den ersten Weltkrieg feststellt, gilt für den zweiten Weltkrieg in gleichem Maße: Ein großer Teil der Geistlichen der verschiedenen Konfessionen „gab dem Völkermord seinen Segen. Manche ihrer Diener verleugneten ihre humanistische Erziehung und überschlugen sich in barbarischstem Chauvinismus“. Dabei ist mit dem Begriff „Segen“ gar nicht in erster Linie eine religiöse Weihehandlung gemeint. Mit ihm wird die ideologische Synchronisierung von Bergpredigt und Krieg zum Ausdruck gebracht, die bestimmte Kirchenmänner willfährig betrieben haben — und heute in Westdeutschland wieder betreiben.

In der Tat: der Bonner Staat hat auch in bezug auf das Verhältnis Staat und Kirche keine Lehren aus der Geschichte gezogen. Die verderbliche Tradition des Staatskirchentums wird heute dort unter veränderten Vorzeichen fortgesetzt. Der politische Mißbrauch des christlichen Glaubens erreicht Ausmaße, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen sind. Wir haben uns in den vergangenen Jahren immer wieder mit diesen Dingen auseinandersetzen müssen. Wir wurden Zeuge dessen, daß die evangelische Kirche, deren Repräsentanten 1945 das Stuttgarter Schuldbekennnis gesprochen hatten, immer mehr in den Sog der politischen Restauration gerissen wurde. Und offenbar gab es viele Kirchenführer in Westdeutschland, die die Wiederherstellung des alten Bündnisses, diesmal im Zeichen von „Bonn und Altar“, begrüßten, weil es der Kirche materielle Vorteile und gesellschaftliche Machtpositionen brachte.

Bereitwillig haben Bischöfe wie Dibelius, Kunst und Lilje die Remilitarisierung unterstützt und durch den Abschluß des Militärseelsorgevertrages gleichsam kirchlich legitimiert. Sie haben durch diese politische Parteinahme nicht nur die von ihnen so oft zitierte „Einheit der EKD“ zerstört. Sie haben — man muß das offen aussprechen — die gesellschaftliche Machtposition der Kirche mit der Preisgabe des Evangeliums bezahlt. Der Westberliner Studentenpfarrer Marquardt stellt in seinem dokumentarischen Brief über die Praxis der Militärseelsorge lapidar fest:

„Glaube und Christentum sind hier also total in die militärischen und politischen Zwecksetzungen der Bundeswehr integriert. Wie uns gesagt wurde, gibt es hiergegen von seiten

des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr keinen Einspruch — wird im Gegenteil, wie wir selbst erfahren haben, diese Totalintegration, die vor aller Öffentlichkeit demonstriert wird, gerechtfertigt.“

In diesem Militärseelsorgevertrag hat — wie Hans Iwand das nannte — die „institutionelle Verflechtung“ der EKD mit dem im Bonner Staat wiedererstandenen Militarismus und Revanchismus ihre sichtbarste Gestalt gewonnen. Der Vertrag legt fest, daß die Militärpfarrer als sogenannte „Beamte auf Zeit“ dem Bonner Kriegsministerium unterstellt sind. Bei der Auswahl von Militärseelsorgern wandte man sich überdies nur an solche Pfarrer, die während des zweiten Weltkrieges genügend Routine erworben hatten in der geistlichen Vorbereitung der Soldaten auf den „Heldentod“ im Dienste des deutschen Imperialismus. Oder man suchte sich solche kirchlichen Amtsträger aus, die die antikommunistische Politik Bonns voll bejahten. Politische Gegner von Strauß und Adenauer haben keine Chance, Militärpfarrer zu werden. So sieht die vielberufene „Freiheit der Verkündigung in der Militärseelsorge“ aus.

Um den starken Widerstand zu überspielen, der sich innerhalb der evangelischen Kirchen gegen diese einseitige politische Bindung an Bonn regte, mußten die Vertreter der Militärkirche zu taktischen Tricks greifen, die sie in ihrer ganzen Erbärmlichkeit entlarven. Gegen einen ausdrücklichen Beschluß der EKD-Synode handelte der damalige Ratsvorsitzende, Bischof Dibelius, in aller Stille den Vertragstext mit Bonn aus. Wenige Tage vor Beginn der EKD-Synode im Februar 1957 unterzeichneten Adenauer und Dibelius diesen Vertrag. Damit wurde die Synode vor eine fertige Tatsache gestellt, zu deren Annahme man sie durch propagandistische Beeinflussung und geschickte Demagogie veranlaßte.

In der gleichen Weise haben sich die Vertreter des NATO-Flügels innerhalb der evangelischen Kirchen immer wieder kaltschnäuzig über die Gewissensbedenken ihrer Gläubigen hinweggesetzt und die Kirche immer mehr den Verderbern der deutschen Nation auszuliefern versucht. Was Bischof Dibelius mit seiner berüchtigten „Obrigkeits“-Flugschrift noch theoretisch sagte — daß die Obrigkeit der DDR von Christen seiner Meinung nach nicht respektiert zu werden brauchte —, das setzte Bischof Lilje in seinem vorjährigen Fernseh-Interview ins Praktische um, als er christlichen Bürgern unseres Staates anheimstellte, mit der Waffe in der Hand gegen ihre Obrigkeit vorzugehen.

Diese antikommunistische Linie wurde folgerichtig ergänzt durch eine immer offenere Parteinahme der Führungsgremien der evangelischen Kirchen für die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Das letzte und deutlichste Dokument dieser Parteinahme stellt die Denkschrift des Rates der EKD zur Eigentumsfrage dar. In ihr steht der Satz:

„Kapitalbesitzer, die über ihrem augenblicklichen Vorteil die zukünftigen politischen Gefahren übersehen, die mit einer einseitigen Kapitalanhäufung verbunden sind, untergraben die politischen Grundlagen ihrer Existenz.“

Das ist der Ausgangspunkt dieser Stellungnahme: die Sorge um die Existenz der Monopolherren. Ihretwegen unterstützt man die Forderungen des Bonner Wirtschaftsministers Erhard nach Konsumverzicht. Ihretwegen ruft man den westdeutschen Arbeiter zum „Sparen“ auf. Ihretwegen strapaziert man Vokabeln wie „Gemeinwohl“ und „Haushalterschaft“.

Vertreter der katholischen Kirche haben in dieser Entwicklung nicht nur mit den Protestanten Schritt gehalten. Ihre Verbindung zum westdeutschen Staat ist — vor allem auf Grund der katholischen Hegemonie in der westdeutschen Regierungspartei — an vielen Stellen noch enger und fester. Sieben katholische Moraltheologen waren es, die in der Öffentlichkeit das Streben Bonns nach Atomwaffen propagandistisch unterstützten. Der Jesuitenpater Gundlach sagte dazu, daß selbst die mögliche Vernichtung der ganzen Menschheit kein Argument gegen die Verteidigung der „göttlichen Weltordnung“ im Sinne Bonns sei.

Der massive Antikommunismus, der hinter solchen Äußerungen steht, erfährt eine kaum mehr zu überbietende Steigerung auf dem Eucharistischen Weltkongreß in München. Auf einem Soldatentreffen, das im Rahmen dieses Kongresses stattfand, erklärte der westdeutsche Kriegsminister Strauß:

„Dafür sind wir Soldaten: daß die Macht der Männer hinter dem Eisernen Vorhang nicht gegen uns gebraucht werden kann, daß die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche übergeht.“

Damit hat Strauß — nicht zum erstenmal — die wahren Ziele des deutschen Imperialismus in aller Offenheit enthüllt. Hier zeigt auch der von Bonn betriebene Mißbrauch christlicher Vokabeln seine wahre Dimension, wenn die Hände, die mit der Atombombe das Leben von Menschen bedrohen, als „christliche“ Hände bezeichnet werden. Das ist die absolute Absage an das christliche Gebot, Friedensstifter zu sein.

Wir können also nur das Fazit ziehen, daß „Bonn“ nicht nur auf politischem und gesellschaftlichem Gebiet die verderblichen, antinationalen Traditionen der deutschen Geschichte fortführt; es versucht auch, die christliche Existenz seiner Bürger zu denaturieren und die Kirche mit in die Katastrophe hineinzureißen, die es der ganzen Nation zugebracht hat.

III.

Aber es gibt in der deutschen Geschichte nicht nur die Tradition dieser unheiligen Allianz von „Thron und Altar“ bzw. „Bonn und Altar“. Zu allen Zeiten hat die Mehrzahl der überzeugten Christen schwer darunter gelitten, daß die Praktizierung der christlichen Gebote auf den individuellen Lebensraum beschränkt war und daß in Politik und Öffentlichkeit Methoden von sich christlich nennenden Regierungen praktiziert wurden, die dem Evangelium zuwiderlaufen.

Von den Kanzeln der Kirchen wurde auch im Deutschland des 19. Jahrhunderts verkündigt: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Die Vertreter der deutschen Großbourgeoisie jedoch, die sich offiziell zum Christentum bekannten, stürzten Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern aus dem Proletariat skrupellos in Not und Elend, Ausbeutung und Unterdrückung.

Männer aus beiden Konfessionen, wie etwa, um nur zwei zu nennen, der Begründer der Inneren Mission, Johann Hinrich Wichern, und der katholische Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler, riefen ihre Kirchen auf, hier Abhilfe zu schaffen. Da sie aber nicht die wirklichen Ursachen dieser Entwicklung erkannten, da sie die Wirkung der ökonomischen Gesetze nicht sahen, da sie Klassengegensätze zu verwischen suchten, blieben ihre Pläne Utopie und trugen ihre Aktionen, allzuoft gegen ihre eigene Absicht, nur zur Festigung der bestehenden Verhältnisse bei.

Bereits im Jahre 1848 nahm Bischof von Ketteler im Mainzer Dom in einer Reihe von Predigten, die damals beträchtliches Aufsehen erregten, zur sozialen Frage Stellung. Er sagte etwa:

„Man kann von der jetzigen Zeit nicht reden und noch weniger ihre Lage in Wahrheit erkennen, ohne immer wieder auf unsere sozialen Verhältnisse und insbesondere auf die Spaltung zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, auf den Zustand unserer armen Mitbrüder, auf die Mittel, hier zu hel-

fen, zurückzukommen... Um die sozialen Übel zu heilen, genügt es nicht, daß wir einige Arme mehr speisen und kleiden und dem Armenvorstande einige Taler mehr durch unsere Dienstboten zusenden, das ist nur der aller kleinste Teil unserer Aufgabe; sondern wir müssen eine ungeheure Kluft in der Gesellschaft, einen tief eingewurzelten Haß zwischen Reichen und Armen ausgleichen.“

So richtig das gesehen war — das Mittel, das der Bischof zur Erreichung dieses Zieles anbot, mußte sich als untauglich erweisen. Er empfiehlt „eine richtige Verteilung der Güter, aber nicht durch Gewalt, sondern durch Umänderung der Gesinnung“. Später zog Ketteler diese Linie aus, indem er gleichzeitig gegen Kapitalismus und Sozialismus Stellung nahm.

Johann Hinrich Wichern schrieb, daß die Innere Mission

„nicht bloß einerseits die Reform der kirchlichen Tätigkeit und Ordnung, sondern auch die Besserung der politischen Gesetzgebung und der Fürsorge des Staates für die sozialen Verhältnisse des Volkslebens zur wesentlichen Voraussetzung“

habe. Er raubte jedoch diesen an sich guten Plänen jede Möglichkeit einer Realisierung, weil er die Innere Mission als Waffe gegen die revolutionären Veränderungen der Gesellschaft ansah. In seiner „Denkschrift an die Deutsche Nation“ erklärte er, jetzt habe sich

„die Innere Mission als bewaffnete Tochter der Kirche der Mutter zum offenen Kampf gegen die Verderber des Volkes, zur Bekämpfung der Revolution erboten“.

Als im Jahre 1890 der Evangelisch-Soziale Kongreß zum erstenmal zusammentrat und fast 800 Pastoren und Theologieprofessoren vereinigte, war schon in der Einladung zu dieser Zusammenkunft ausgesprochen worden:

„Die drohende Gefahr, die in dem Wachstum der Sozialdemokratie und ihrer zunehmenden Entfremdung von der Kirche beschlossen ist, muß die Freunde der evangelischen Kirche mit Besorgnis erfüllen.“

Die Tragik dieser christlichen Sozialreformer bestand mithin darin, daß sie sich nicht auf die Kraft orientierten, die als einzige Instanz war, die Gesellschaft so zu verändern, daß der Widerspruch zwischen der praktischen Nächstenliebe des einzelnen und der Wolfsmoral der Gesellschaft aufgehoben wurde. Freilich wurden sogar die bescheidenen Versuche dieser Sozialreformer, am Bestehenden zu rütteln, von den herrschenden Klassen argwöhnisch beobachtet und bekämpft. Nach dem Tode von Adolf Stoecker, dessen politisches Programm hier keineswegs gerechtfertigt werden soll, telegraphierte Wilhelm II. an seinen Lehrer Hinzpeter:

„Stoecker hat geendet — christlich-sozial ist Unsinn. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiel lassen, dieweil sie das gar nichts angeht.“

Hier hat der Widerspruch, der den Staat des deutschen Junkertums und der Großbourgeoisie kennzeichnete, der Widerspruch zwischen dem christlichen Liebesgebot auf der einen und der auf Unterdrückung und Ausbeutung beruhenden Politik auf der anderen Seite, prägnanten Ausdruck gefunden. Zu einer Politik, die von Vertretern des deutschen Imperialismus gemacht wurde, mußte die Nächstenliebe der absolute Gegensatz sein.

Unter den Geistlichen gab es vor dem ersten Weltkrieg nur vereinzelte, die etwas von der historischen Bedeutung der Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Theorie erkannten. Zu ihnen gehörte der Brandenburger Pfarrer Rudolf Todt. In seinem Buch „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft“ sagte er von der sozialistischen Theorie, daß

„ihre Grundprinzipien nicht nur vor der Kritik des Neuen Testaments bestehen können, sondern daß sie geradezu evangelische, göttliche Wahrheiten enthalten; ihre Anklagen gegen die heutige Gesellschaftsordnung sind größtenteils begründet, ihre Forderungen berechtigt. Um dieser Prinzipien willen können wir also, so wir anders in der Wahrheit bleiben wollen, die Sozialisten nicht anfechten.“

Der erste Geistliche, der aus solchen Einsichten die Konsequenz zog, sich nun auch im politischen Kampf an die Seite der Arbeiterklasse zu stellen, war der jüngere Blumhardt. Im Jahre 1899, als im Reichstag die sog. „Zuchthausvorlage“ eingebracht worden war, nach der schon die Aufforderung zur Arbeitseinstellung mit Zuchthaus bestraft werden sollte, trat er demonstrativ der Sozialdemokratischen Partei bei. Im gleichen Jahr zog er als sozialistischer Abgeordneter in den württembergischen Landtag ein. Seine reaktionäre Kirchenleitung sprach ihm daraufhin Rang und Titel eines Pfarrers ab. Blumhardt ließ sich dadurch in seinem politischen Kampf, der von der Überzeugung getragen war, daß Frieden und Gerechtigkeit auf Erden verwirklicht werden müßten, nicht beirren.

Was an Blumhardts Wirken für uns heute als besonders interessant erscheint, ist die Tatsache, daß er seine politische Arbeit nicht durch ein spezifisch christliches Sozialprogramm zu begründen suchte. Er lehnte auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Reformismus und Revisionismus ab. Als Christ wußte er sich zur Wahrnehmung politischer Ver-

antwortung gerufen. Auf diese Weise wurde Christoph Blumhardt zu dem Mann, der über Karl Barth einen wesentlichen indirekten Einfluß auf die theologische Erneuerung der zwanziger Jahre gewann.

Um die Jahrhundertwende steigerte sich der Widerspruch zwischen der imperialistischen Politik und dem christlichen Liebesgebot noch in einer anderen Beziehung nahezu ins Un-erträgliche. Der deutsche Imperialismus bereitete seit 1890 ganz offen einen Krieg vor. Er war zu spät gekommen bei der Aufteilung der Welt unter die Kolonialmächte und stellte deshalb gebieterisch die Forderung nach einer Neuaufteilung. Er wollte sich — wie es damals in der offiziellen Propaganda hieß — seinen „Platz an der Sonne“ erkämpfen. Das Nationale Dokument erklärt dazu:

„Der deutsche Imperialismus wurde unter diesen Bedingungen eine besonders skrupellose, aggressive Kraft. Er opferte ohne Bedenken die Interessen der deutschen Nation seinen eigenen Klasseninteressen, seinen Raubinteressen.“

Mit welcher brutalen Offenheit die imperialistischen Kräfte ihren Klasseninteressen nachgingen, beweist ein Flugblatt, das 1890 anlässlich der Gründung des Alldeutschen Verbandes verfaßt wurde und das die für die Führer des Verbandes programmatische Überschrift trug: „Auf der Schwelle des Weltkrieges“. In diesem Flugblatt werden die „natürlichen Ansprüche an dem Mitbesitz der Weltherrschaft“ begründet; gleichzeitig wird festgestellt, daß diese Ansprüche „in Güte oder mit Gewalt zu ihrer Zeit zu ihrem Rechte kommen“ müßten. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Die deutsche Nation muß wissen, weshalb sie jahrzehntelang mit gesteigerter Anspannung aller Volkskräfte sich bewaffnen und zum Kampfe rüsten muß. Es wäre wahrer Hohn auf die dabei vergeudete Volksarbeit, wenn das alles nur zur Erhaltung des Friedens und zur Verteidigung des Besitzstandes wäre.“

Angesichts solch offener Bedrohung des Friedens fanden sich Christen und andere Menschen aus dem Bürgertum in Vereinen und Gesellschaften zusammen, um die Kriegsdrohung abzuwenden. Bertha von Suttners Ruf „Die Waffen nieder!“ fand einen breiten Widerhall. Im Jahre 1890 wurde die Deutsche Friedensgesellschaft gegründet, zu der in den folgenden Jahren auch einige Geistliche stießen. Pfarrer Hetzel war eine Zeitlang Präsident der Gesellschaft. Im April 1913 richteten einige Pastoren, die der Friedensgesellschaft angehörten, einen Aufruf „An die Geistlichen und theologischen

Hochschullehrer der evangelischen deutschen Landeskirchen“. Darin heißt es:

„Als Christen, die wir sein wollen, fühlen wir uns vor Gott und unserem Gewissen verpflichtet, aus dem Dilemma des Krieges ohne Ende den Ausweg zu suchen, der menschenmöglich und gottgewollt ist: Friede auf Erden! Verständigung der Völker über eine Rechtsgemeinschaft, die das Unrecht des Krieges durch den Rechtsspruch ersetzt und den Völkern die Ethik zumutet, die zwischen den Einzelmenschen selbstverständlich ist.“

Wenige Wochen nach der Veröffentlichung hatten 400 Theologen, darunter zwölf Hochschullehrer, diesen Aufruf unterschrieben. Ein Jahr später stürzte der deutsche Imperialismus nicht nur unser Volk, sondern fast alle Völker Europas in ein Meer von Blut und Tränen.

Dieser schreiende Widerspruch macht zwingend deutlich, daß Kriege nicht durch Appelle an die friedliche Gesinnung des einzelnen verhindert werden können, sondern allein durch die Entmachtung derjenigen, die vom Krieg einen Zuwachs politischer und ökonomischer Macht erwarten. Trotz ihres mutigen persönlichen Einsatzes mußte das edle Streben dieser Pazifisten ohne Erfolg bleiben, weil sie sich nicht mit der Arbeiterbewegung verbanden, die gleichfalls die Überwindung des Krieges auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

Diese Tragödie des Pazifismus wiederholte sich in der Weimarer Republik. Der begabte, später von den Faschisten ermordete Theologe Dietrich Bonhoeffer war in der Zeit von 1931 bis 1937 Jugendsekretär des „Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeiten der Kirchen“, einer weitverbreiteten Bewegung, die sich für die Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung einsetzte. In einem Referat stellte Bonhoeffer im Jahre 1931 fest:

„Die im Weltbund zusammengeschlossenen Kirchen meinen, eine ganz bestimmte Ordnung als uns von Gott heute geboten zu erkennen. Die Ordnung des internationalen Friedens ist heute Gottes Gebot für uns.“

Leider haben solche richtigen Feststellungen weder die faschistische Machtübernahme noch den zweiten Weltkrieg unmöglich gemacht. Gerade diese bitteren Erfahrungen sollten allen Christen, denen es ernst ist mit der Praktizierung ihres Friedensdienstes in der Welt, zeigen, daß sie nur an der Seite der Arbeiterklasse — einer Arbeiterklasse, die aus den Erfahrungen der Geschichte heraus den Frieden mit Waffen schützt — wirksam für eine dauerhafte Friedensordnung in der Welt kämpfen können.

Innerhalb des deutschen Katholizismus waren es vor allem die linken Zentrums Politiker, die sich bemühten, im Sinne eines demokratisch gesinnten Bürgertums die Lehren aus dem ersten Weltkrieg zu ziehen. Sie erkannten, daß dies nur möglich sein würde, wenn es gelänge, eine breite Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte zu organisieren. Im August 1921 erklärte Reichskanzler Dr. Joseph Wirth auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Frankfurt/Main:

„Wir deutschen Katholiken erstreben keine politische Vormachtstellung, wir wollen vielmehr nur mit Rat und Tat mithelfen, ein hohes Rettungswerk zu vollenden. Das deutsche Volk darf und wird nicht zugrunde gehen, wenn wir unseren Geist und unsere ganze Kraft in den Dienst des über alles geliebten Vaterlandes stellen. Über den Unterschieden der Parteien muß die Gemeinsamkeit stehen.“

Es waren einflußreiche Kreise des katholischen Klerus, die sich einer solchen vernünftigen Politik widersetzen. Im Verein mit katholischen Vertretern der Großbourgeoisie halfen sie auf diese Weise, Hitler den Boden zu bereiten. So muß das Dokument des Nationalrates, das zwei dieser demokratischen katholischen Politiker — Erzberger und Dr. Wirth — ausdrücklich nennt, mit Recht für die Zeit der Weimarer Republik feststellen:

„Die fortschrittlicheren und einsichtigeren Kräfte innerhalb des deutschen Bürgertums konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Sie wurden nach der Niederschlagung der Arbeiterklasse von den reaktionären Kräften verfolgt. Einzelne ihrer Vertreter, wie Erzberger und Rathenau, wurden ermordet, andere zur Resignation und schließlich zur Kapitulation getrieben. Einflußreiche bürgerliche Politiker, wie der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth, mit dessen Namen die Politik von Rapallo verbunden ist und der als bewußter Vertreter der Interessen des demokratisch gesinnten Bürgertums die Erkenntnis gewonnen und ausgesprochen hatte: ‚Der Feind steht rechts!‘ — blieben Einzelerscheinungen.“

Es waren nur einige wenige Christen, die vor 1933 schon erkannten, was der Faschismus für Deutschland bedeutete. Zu ihnen gehörte ein Mann wie Professor Emil Fuchs. Die erschütterndsten Kapitel seiner Lebensbeschreibung sind diejenigen, die die Erlebnisse aus den Jahren 1932 und 1933 beschreiben. Als Hitler im Frühjahr 1933 in Kiel sprach, fuhr Emil Fuchs durch die — wie er schreibt —

„von begeisterten Menschen wimmelnde Stadt nach Hause. Mir gegenüber saß in der Straßenbahn ein schwerhöriger Mann, so daß ich sehr laut reden mußte, um seine Fragen zu

beantworten. Schließlich fragte er: ‚Fahren Sie auch zu Hitler?‘ Ich antwortete: ‚Nein! Wenn ein Mann deutschen Menschen sagt, daß sie andere Deutsche totschiessen sollen, will ich lieber nicht dabei sein!‘ — ‚So, denken Sie,‘ war die erschrockene Antwort. Als ich ausstieg, drückte mir auf der Plattform ein Herr die Hand und sagte: ‚Ich danke Ihnen. Sie haben mir in dieser schweren Zeit einen frohen Augenblick gemacht!‘“

Leider kämpften nur wenige Christen so unerschrocken wie Emil Fuchs, der bald nach Hitlers Machtantritt seine Professur in Kiel verlor, gegen das heraufziehende Unheil. Die meisten waren zu sehr von antikommunistischen Ressentiments erfüllt, als daß sie in der Lage gewesen wären, den ganzen Ernst der Warnung Ernst Thälmanns zu begreifen: Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!

Überdies fielen die offiziellen Kirchenleitungen den einfachen Christen bei den bescheidensten Versuchen, sich nicht gleichschalten zu lassen, in den Rücken. Der damalige Generalsuperintendent Dibelius hielt am „Tag von Potsdam“ die Predigt. Die katholische Kirche schloß 1933 das Konkordat mit der Hitlerregierung ab und machte diese damit international hoffähig. Sogar der reaktionäre westdeutsche Historiker Karl Buchheim kann nicht umhin, diese offenkundigen Tatsachen — wenn auch mit vielen Vorbehalten — anzuerkennen. Auf einer kürzlich durchgeführten Tagung der Katholischen Akademie Bayern mußte er feststellen:

„Es mag richtig sein, daß die Erklärungen der Bischöfe des Frühjahrs 1933 und der Abschluß des Reichskonkordats dem Widerstand der ersten Stunde der aktiven Katholiken das Rückgrat gebrochen haben.“

Unser Freund Pastor Karl Fischer hat uns oft erzählt, daß in der Zeit, als er im Widerstandskampf stand, seine Amtsbrüder nicht wagten, ihn zu beherbergen. Einige bedrohten ihn mit der Auslieferung an die Gestapo.

Freilich ist bei einem Teil des katholischen Klerus im Verlaufe der Zeit eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Der Bischof von Münster, Graf von Galen, hat in seinen Predigten während der Kriegsjahre unerschrocken den Kampf mit dem Faschismus aufgenommen. Er nannte die Greuelthaten der Nazis und ihre Terrormethoden beim Namen. Am 13. Juli 1941 sagte er in der Lambertikirche zu Münster:

„Der physischen Übermacht der Gestapo steht jeder deutsche Staatsbürger völlig schutzlos und wehrlos gegenüber. Das haben viele deutsche Volksgenossen im Laufe der letzten

Jahre an sich erfahren, so unser lieber Religionslehrer Friedrichs, der ohne Verhandlung und Gerichtsurteil gefangengehalten wird, so die beiden Herren Domkapitulare, die in der Verbannung weilen; so erfahren es jetzt unsere Ordensleute, die gestern und heute plötzlich aus ihrem Eigentum, aus Stadt und Land vertrieben werden. Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewußt sein, der treueste, gewissenhafteste Staatsbürger zu sein, mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Gestapo eingesperrt wird. Ich bin mir darüber klar: das kann auch heute, das kann auch eines Tages mir geschehen. Weil ich dann nicht mehr öffentlich sprechen kann, darum will ich heute öffentlich sprechen, will ich öffentlich warnen vor einem Weiterschreiten auf einem Wege, der nach meiner Überzeugung Gottes Strafgericht auf die Menschen herabrufft und zu Unglück und Verderben für unser Volk und Vaterland führen muß.“

Innerhalb der evangelischen Kirchen kam es von Anfang an zu einem organisatorisch viel einheitlicheren und wirkungsvolleren Widerstand. Man muß dabei allerdings beachten, daß sich der Kampf der Bekennenden Kirche nicht frontal und gar nicht in erster Linie gegen den Faschismus als politisches System richtete, sondern gegen die Irrlehre in der Kirche, die die faschistische Ideologie christlich zu begründen suchte. Nur die Konsequenzesten zogen auch politische Folgerungen aus ihrer Ablehnung des Faschismus. Zu ihnen gehörte der damalige thüringische Pfarrer Erich Hertzsch, der 1933 unter Protest den Thüringischen Landeskirchentag verließ, der die Gleichschaltung mit dem Nationalsozialismus vollzog.

Andere Männer der Bekennenden Kirche kritisierten Hitler von einem konservativ-deutschnationalen Standpunkt her. Das sind diejenigen, die heute den politischen Klerikalismus in Westdeutschland bejahen und damit das Erbe von einst ver-raten.

Es gehört zu den tragischen Tatbeständen der deutschen Geschichte, daß viele Christen erst in den faschistischen Konzentrationslagern zur Gemeinsamkeit mit Kommunisten und Sozialdemokraten fanden, einer Gemeinsamkeit, die — wäre sie umfassender und früher praktiziert worden — den Einbruch der Barbarei in Deutschland hätte verhindern können. Es ist ein ergreifendes Zeugnis solcher Gemeinsamkeit, wenn der marxistische Schriftsteller Hasso Grabner in seinem Buch „Das war Buchenwald“ von dem evangelischen Pfarrer Paul Schneider schreibt:

„Unter all den Tapferen, die bis in den Tod getreu waren, bist du nicht der Letzte, Pfarrer Schneider. In Ehrfurcht und Bewunderung haben wir, deine Kameraden, die heroische Sittlichkeit deines Herzens empfunden. Wenn wir auch unter einem anderen Gesetz antraten zum Kampf gegen die faschistische Bestie, wenn wir auch die Erlösung von dem Übel nicht im Christentum sahen, sondern im Kampf um eine diesseitige bessere Welt, so warst du uns doch wahrhaft ein Bruder und wir dir in brüderlicher Liebe zugetan. Deine Leiden waren unser aller Leiden, dein Tod unser aller tiefer Schmerz. Deine Liebe zur ganzen leidenden Menschheit, deine Liebe zu den Erniedrigten und Beleidigten, deine Liebe zu all den namenlosen Helden und unschuldigen Opfern dieses wahnsinnigen Systems ließ dich selbst zu einem Helden und Märtyrer werden.“

Die Christen und Theologen, die in den faschistischen Gefängnissen schmachteten, waren von der Gewißheit erfüllt, daß der nazistische Terror nicht das Letzte sein kann. Sie dachten nach über die neue Welt, die sie gemeinsam mit Nichtchristen aufbauen wollten. Gedanken, wie sie der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer und der katholische Priester Alfred Delp „im Angesicht des Todes“ ausgesprochen haben, leben heute in den Christen weiter, die bewußt für eine Welt ohne Ausbeutung, für eine Welt neuer menschlicher Beziehungen wirken und leben. Alfred Delp schrieb im Gefängnis:

„Das Schicksal der Kirchen wird in der kommenden Zeit nicht von dem abhängen, was ihre Prälaten und führenden Instanzen an Klugheit, Gescheitheit, ‚politischen Fähigkeiten‘ usw. aufbringen. Auch nicht von den ‚Positionen‘, die sich Menschen aus ihrer Mitte erringen konnten. Das alles ist überholt.“

Gefordert ist

„die Rückkehr der Kirchen in die ‚Diakonie‘: in den Dienst der Menschheit. Und zwar in einen Dienst, den die Not der Menschheit bestimmt, nicht unser Geschmack.“

In den ersten kirchlichen Verlautbarungen nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus wurden solche Gedanken aufgegriffen, sowohl in der Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz der katholischen Kirche aus dem Jahre 1945 als auch im Stuttgarter Schuldbekennnis protestantischer Kirchenmänner. Leider aber blieben diese Erklärungen nur für die Kräfte beider Konfessionen verbindlich, denen es um eine wirkliche Umkehr, um eine grundlegende gesellschaftliche Neuorientierung der Christenheit in Deutschland ging. Die restaurativ-reaktionären Kreise in beiden Kirchen gingen

schon bald nach Kriegsende daran, das alte verhängnisvolle Bündnis mit den Mächten der politischen Reaktion zu erneuern. Ein geradezu klassisches Motto für diese Bemühungen hat Bischof Dibelius formuliert, der in seinen Lebenserinnerungen von der Aufgabe des kirchlichen Neuaufbaus, wie sie auf der Kirchenversammlung von Treysa im August 1945 ins Auge gefaßt wurde, schreibt:

„Es mußte etwas Neues geschaffen werden. Und – dies Neue mußte irgendwie das Alte sein.“

Im Grunde charakterisiert dieses Wort die gesamte Politik des westdeutschen Staates nach 1945. Auch da ging es um das Anknüpfen an das verhängnisvolle Alte, dem es lediglich ein neues Aussehen zu geben galt. Es ist der alte faschistische und revanchistische Geist, der dort gepflegt wird. Nur tritt er diesmal nicht in SA-Stiefeln auf, er kommt in Bügelfalten daher.

Es ist bezeichnend, daß alle christlichen Gruppen und Kreise in Westdeutschland, die seit 1949 gegen den gefährlichen Kurs der Regierung Adenauer Front machen, von dem Bewußtsein getragen sind, das das Nationale Dokument so ausdrückt:

„In gewohnter unheilvoller Verkennung der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft und des Kräfteverhältnisses, wie es sich nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt hat, entschloß sich die in ihrer Herrschaft jetzt auf Westdeutschland beschränkte Großbourgeoisie zur Wiederaufrüstung und Revanchepolitik.“

Im Mai 1959 sprach der westdeutsche Studentenpfarrer Herbert Mochalski auf einer Kundgebung in Frankfurt am Main zum Thema „Der Feind steht rechts“. Er führte u. a. aus:

„Millionen Menschen wurden unter Trümmern begraben, starben in den Weiten Rußlands oder in den Kellern unserer Städte, wurden in den Konzentrationslagern zu Tode gequält oder vergast – ganze Jahrgänge junger Menschen bluteten aus, Kommunisten und Sozialdemokraten wurden verfolgt und eingekerkert, unsere jüdischen Mitbürger wie Vieh zur Schlachtbank getrieben, friedliche Nachbarvölker trotz eben unterzeichneter Verträge überfallen und niedergewalzt – Greuel über Greuel von schier unvorstellbarem Ausmaß! Das ist der Geist von rechts! Von jenem Mord an Rathenau führt ein gerader Weg nach Stalingrad und Auschwitz. ‚Rechts‘ – das war und ist mehr und anders als die Ortsbestimmung in der Sitzordnung unserer Parlamente. ‚Rechts‘ – das ist bei uns in Deutschland eine Geisteshaltung: es ist der Ungeist der Gewalt, des Hochmuts und der Verachtung anderer Menschen. ‚Rechts‘ – das ist Fememord, das sind schwarze Listen, das ist die Brutalität des Nationalismus. ‚Rechts‘ – das ist der Feind

des Menschengeschlechtes. Was hat sich in siebenunddreißig Jahren in unserem Volk geändert? Erschlagen wurden Millionen Menschen – fort lebt der alte Geist! Nach dem ersten Weltkrieg schrieb Plivier sein Buch ‚Der Kaiser ging, die Generale blieben‘. Heute muß es heißen: Hitler ist tot, die ihm zu Dienste standen, sitzen in der Bundesrepublik wieder in den Ämtern.“

An einer Anzahl von Beispielen macht Mochalski deutlich, wie dieser Geist von Rechts heute im Bonner Staat nicht nur fortlebt, sondern geradezu nie gekannte Einflußmöglichkeiten hat. Er weist dabei vor allem auf die verhängnisvolle Rolle der Konzernherren hin:

„Das Industrie- und Finanzkapital ist heute wieder unter der ausschließlichen Kontrolle einiger hundert Menschen. Die gleichen Konzerne und Kartelle, die einst Hitler und seinen Krieg finanzierten, haben heute wieder die Macht in den Händen. Sie bestimmen mit ihren Millionen, was geschieht. Während wir alle vier Jahre Demokratie durch Abgabe eines Stimmzettels nach der Millionenpropaganda dieser Mächte spielen dürfen, haben sie Tatsachen geschaffen.“

Welcher Diffamierung alle die ausgesetzt sind, die als Christen in Westdeutschland konsequent für den Frieden eintreten, hat Georg D. Heidingsfelder kürzlich in einem von der Zeitschrift „Labyrinth“ veröffentlichten biographischen Abriss geschildert, dem er die Überschrift gab „Vom ‚Selected Citizen‘ (ausgewählten Bürger) zum Fabrikarbeiter“. Heidingsfelder ist ein katholischer Publizist, der aus dem Freundeskreis von Reinhold Schneider stammt. Wegen seiner antifaschistischen Haltung wurde er in der amerikanischen Kriegsgefangenschaft in ein Sonderlager zur demokratischen Umerziehung Deutscher eingewiesen. Nachdem er dieses Lager erfolgreich absolviert hatte, entließ man ihn mit einer Urkunde, die ihn zum „Selected Citizen of Germany“ beförderte, dessen Aufgabe es sei, für die Verwurzelung von Frieden und Demokratie in Deutschland einzutreten.

Das tat Heidingsfelder sowohl als Publizist wie auch als Funktionär der Katholischen Arbeiterbewegung. Als im Jahre 1951 die KAB für die Remilitarisierung Westdeutschlands eintrat, trennte sich Heidingsfelder von ihr. Gleichzeitig richtete er einen Brief an den Hohen Kommissar der Amerikanischen Militärregierung, MacCloy, in dem er schreibt:

„Am 21. September 1945 war mir in einem amerikanischen Sonderlager, in dem sich amerikanische Lehrkräfte sehr um die ‚Umerziehung‘ der Deutschen bemühten, das anliegende Zeugnis ausgehändigt worden, wonach ich den Lehrgang mit Erfolg besucht hatte und daher zum ‚Selected Citizen‘ eines

neuen Deutschland berufen sei. Dieses Lehrgangs Kern war die Einsicht in die Notwendigkeit der geistigen Befreiung der Deutschen vom Nazismus und Militarismus und ihre Erziehung zur wahren Demokratie. Nun, fast sechs Jahre später, muß ich erleben, daß das deutsche Volk von den Amerikanern, im Verein mit seiner eigenen ‚demokratischen‘ Regierung, wieder zu den Waffen gerufen wird. Wenn ich nicht annehmen will, daß das deutsche Volk auf diesem Wege zynisch ausgerottet werden soll, bleibt nur die Schlussfolgerung, daß es auf altgewohnten Bahnen sein Potential in den dritten Weltkrieg einbringen muß... Weil aber die Amerikaner ihre richtige Einstellung von damals offiziell über Bord geworfen haben und die Deutschen in eine gefährlich-unberechenbare Remilitarisierung hineintreiben, deshalb hat das Zeugnis von Cherbourg für mich seinen Wert verloren. Als Aufrüstern meines Volkes, als seinen Remilitarisieren, kann ich mit Amerikanern so wenig ein Bündnis eingehen wie mit preußischen Generälen oder hitlerischen Nazis. Zum Zeichen dafür, daß ich als Deutscher wie als Christ den Besatzungsmächten gegenüber meine volle Handlungsfreiheit bewahren muß, wo mir und meinem Volk Verderbliches zugemutet wird, gebe ich das Zeugnis von Cherbourg hiermit zurück, mit tiefem Bedauern, daß aus dieser deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit keine guten Früchte erwachsen.“

Da Heidingsfelder diese Haltung konsequent in der westdeutschen Öffentlichkeit vertrat, entzog man ihm bald alle Möglichkeiten einer publizistischen Wirksamkeit. Er wurde politisch beschimpft, als Verräter der Kirche diffamiert und in eine solche Isolierung gedrängt, daß er sich kaum den bescheidensten Lebensunterhalt verdienen konnte. Er schreibt:

„Als die Not aufs höchste gestiegen war, wurde mir von einem Fabrikanten ‚leichte Handarbeit‘ angeboten. Ich mußte zugreifen. So bin ich denn, im Jahre 1960, fünfzehn Jahre nach meiner Wahl zum ‚Selected Citizen of Germany‘, Fabrik-(hilfs)arbeiter geworden, der, beim Stundenlohn von zwei Mark zehner, täglich achteinhalb Stunden lang am Fließband seine schwere Bohrarbeit verrichtet.“

Kaum etwas dürfte den friedensfeindlichen und im Grunde gegen rechtes Christsein gerichteten Charakter des Bonner Staates greller beleuchten als diese Tatsache, daß in ihm ein Christ, der nichts weiter als die Gebote der Friedens- und Nächstenliebe praktizieren will, in dieser Weise Lebens- und Wirkungsmöglichkeiten beschränkt werden.

In seinem Lebensbericht machte Heidingsfelder die Andeutung, daß er die Briefe, die Reinhold Schneider in den Jahren von 1950 bis 1954 an ihn gerichtet hat, veröffentlichen wolle.

Das rief diejenigen auf den Plan, die seinerzeit alles getan hatten, um die Stimme des großen katholischen Dichters zum Schweigen zu bringen. Reinhold Schneider gehörte bis zu seinem Tode zu den entschiedensten Kritikern der Kriegspolitik Bonns. Heidingsfelder weist darauf hin, daß es nur eine ganz entfernte Verwandte des Dichters gebe, die offenbar an dem Ganzen uninteressiert sei. Er schreibt:

„Es ist gewiß nicht abwegig, zu vermuten, daß nicht diese Erbin an der Unterdrückung der Briefe interessiert ist, sondern die, denen sie nicht zum Ruhme gereichen: eben jene Rufmörder, die den Glaubensgenossen ‚vernichten‘ wollten, als er sich im Gewissen angetrieben sah, ihrem Geist und ihrer Politik zu widersprechen.“

Während es auf katholischer Seite besonders der Kreis um die „Werkhefte katholischer Laien“ ist, der nicht müde wird, vor der Politik Bonns zu warnen, gehören auf evangelischer Seite die Kirchlichen Bruderschaften zur politischen Opposition gegen Adenauer. Von ihnen schreibt Karl Barth, in seinem „Brief an einen Pfarrer in der DDR“ im Jahre 1958:

„Die westdeutschen Bruderschaften stehen seit Jahr und Tag im anstrengendsten Handgemenge mit den Mächten und Gewalten, den Geistern und Dämonen im Lande des Wirtschaftswunders, mit seinem gedankenlosen Anschluß an die NATO, mit seiner Remilitarisierung, seinem Militärseelsorgevertrag, seiner Atomwaffenausrüstung, seiner panischen Russenangst, seinen alten Nazis, mit all dem Fatalen, was Bonn und CDU dort sachlich und personell bedeuten.“

Das für einen Christen besonders Fatale am Bonner Staat besteht in dem Umstand, daß dort das Hakenkreuz durch das Kreuz ersetzt worden ist. Hans Iwand schrieb kurz vor seinem Tode zur Charakterisierung der westdeutschen Politik:

„Nachdem wir mit dem Hakenkreuz nicht recht weitergekommen sind, versuchen wir dasselbe noch einmal mit dem Kreuz.“

Der damit verbundene Mißbrauch des christlichen Glaubens stellt heute die schwerste Bedrohung für die Kirchen in Westdeutschland dar. Völlig richtig richtet sich deshalb der Kampf friedliebender Christen gegen die Verkettung der Kirchen mit Bonn. Zwei bekannte Theologen haben im Jahre 1950 treffende Charakterisierungen dieses unheilvollen Bündnisses gefunden. Im Jahre 1959 schrieb Prof. D. Helmut Gollwitzer in der Pfingstausgabe der „Süddeutschen Zeitung“:

„Die Kirchen haben die Vorteile des Weges, den die Bundesdeutschen gewählt haben, kräftig mitgenossen. Ihr personeller und institutioneller Einfluß ist gesichert, sie nehmen

teil am wachsenden Steueraufkommen, ihre Wünsche hinsichtlich der Jugenderziehung und der caritativen Arbeit werden erfüllt, öffentlichen Angriffen sind sie nicht ausgesetzt, sich als Nicht-Christ zu bekennen bedarf eines größeren Mutes als das Bekenntnis zum Christentum, das in aller Munde ist, nichts scheut ein Journalist, ein Parlamentarier, ein Beamter mehr als Querelen mit der Kirche. Während die Rede vom ‚Ende des konstantinischen Zeitalters‘ umging, d. h. vom Ende einer Verbindung zwischen Staat und Kirche, durch die beide gegenseitig ihre Herrschaft festigten, ist in der Bundesrepublik ein konstantinischer Zustand angebrochen, der die kühnsten Träume von Kirchenmännern übertrifft.“

Ein halbes Jahr vorher hatte Prof. D. Hermann Diem in einem Rundfunkvortrag gesagt:

„Im dritten Reich wehrten wir uns dagegen, als Kirche in ein Getto abgedrängt zu werden. Jetzt sitzen wir in einem goldenen Käfig, im hellsten Rampenlicht der Öffentlichkeit, nicht nur toleriert, sondern angeblich aufs höchste respektiert und von der Gesellschaft so großzügig ausgehalten, daß wir uns fast jede Ausweitung unseres kirchlichen Apparates leisten können. Nur heraus dürfen wir aus diesem goldenen Käfig freilich nicht. Das wäre gegen die Spielregeln dieser superkonstantinischen Harmonie von Kirche und Welt. Wir dürfen gerne unsere Moralreden zum Fenster hinaus halten, die weiter niemand stören – etwa gegen das Faschingstreiben oder die Sonntagsentheligung oder die Genußsucht – und die sogar erwünscht sind, weil sie uns das gute Gewissen verschaffen, daß wir doch nicht lauter Materialisten sind. Aber wirklich stören dürfen wir diese Harmonie durch unsere Verkündigung nicht, sondern letzten Endes haben wir eben hinterher christlich zu sanktionieren, was Staat und Gesellschaft auch ohne uns ohnehin tun.“

Gerade in den letzten Monaten hat das Unbehagen gegenüber der Bonner Politik in den evangelischen Kirchen Kreise ergriffen, die bislang keineswegs so eindeutig wie die Bruderschaften in der Opposition standen. Das ist sichtbar geworden an dem Tübinger Memorandum, das sich gegen eine westdeutsche Atomrüstung richtet und sich für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausspricht.

V.

Im Gegensatz zur Situation vor 1914 und in der Weimarer Republik stehen diese demokratischen und friedliebenden Kräfte innerhalb der Kirchen heute in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Reaktion nicht mehr auf verlorenem Posten. Heute existiert in Gestalt der Deutschen Demokratischen

Republik ein Staat auf deutschem Boden, in dem die alten Ideale von Frieden, Glück und Wohlstand für alle Wirklichkeit zu werden beginnen. Heute existiert ein Staat auf deutschem Boden, der die Macht hat, Frieden und Demokratie zu schützen. Selbst wenn manche heute in Westdeutschland diese Zusammenhänge noch nicht recht erkennen – es ist so, wie das Nationale Dokument erklärt:

„Der Sieg des Sozialismus in der DDR liegt im nationalen Interesse des ganzen deutschen Volkes und ist entscheidende Voraussetzung für die Lösung unserer nationalen Frage.“

Wir müssen jedenfalls heute feststellen, daß die Linie der progressiven christlichen Traditionen in der Vergangenheit deshalb so wenig in Geschichte und Gesellschaft wirksam, deshalb immer wieder in den Bereich der Utopie abgedrängt wurde, weil sie nicht in der Arbeiterklasse ihren Verbündeten erkannte. Von dieser Erkenntnis her gewinnt die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates in der deutschen Geschichte, gerade für den Christen eine ganz neue Bedeutung. Dieser Staat ist deshalb Heimat für alle Christen, weil er die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür schafft, daß die gesellschaftlichen Konsequenzen des christlichen Glaubens in der politischen Verantwortung der Christen praktiziert werden können. Er hebt den Widerspruch zwischen der Nächstenliebe im individuellen Bereich und dem Gegeneinander in der Gesellschaft auf, weil er von der ökonomischen Basis her den Konkurrenzkampf ausschaltet und das Miteinander und Füreinander der Menschen fordert und fördert. Er hebt den Widerspruch zwischen der Friedensliebe des einzelnen und einer Politik des Krieges auf, weil er den Frieden zum obersten Grundsatz aller politischen Bemühungen macht.

Von diesen Erkenntnissen her haben die Christlich-Demokratische Union und mit ihr Hunderttausende christlicher Staatsbürger in der großen Gemeinschaft der Nationalen Front ihr Ja zum Sozialismus und zur Deutschen Demokratischen Republik formuliert. In den vergangenen Jahren ist dieses Ja in vielfältiger Weise in aktiver und schöpferische Mitarbeit und Mitgestaltung bewährt worden.

Es sollen hier keine theologischen Theorien entwickelt werden, aber eins muß abschließend und zusammenfassend ausgesprochen werden: wer die Geschichte der letzten hundert Jahre aufmerksam studiert und wer unsere Gegenwart be-
wußt und in tätiger Anteilnahme miterlebt, der muß zu der Erkenntnis gelangen, daß rechtes Christsein besonders in sei-

ner ethischen Haltung über den individuellen Bereich hinaus heute nicht ohne oder gar gegen die Arbeiterklasse praktiziert werden kann. Die Realisierung der gesellschaftlichen Konsequenzen des christlichen Glaubens ist nur an der Seite, in der Kampfbereitschaft mit der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus möglich.

Von daher gewinnt das historische Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, und einer von Professor D. Emil Fuchs geleiteten Gruppe von Theologen und kirchlichen Amtsträgern eine kaum zu überschätzende Bedeutung. In diesem freimütigen Gedankenaustausch vom 9. Februar 1961 wurde die feste Grundlage solcher Gemeinsamkeit vom Christen und Marxisten in der gemeinsamen Verpflichtung zur Menschlichkeit sichtbar gemacht.

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, hat in seinem Interview mit den Chefredakteuren der „Prawda“ und der „Iswestija“ diese Gemeinsamkeit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte noch einmal ausdrücklich unterstrichen. Er sagte:

„Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte haben von Anfang an eine konsequente Politik der friedlichen Lösung der deutschen Frage verfolgt. Wir gingen seit 1945 davon aus, daß in ganz Deutschland der antifaschistisch-demokratische Weg beschritten wird. Ich möchte daran erinnern, daß in Berlin eine antifaschistisch-demokratische Verwaltung geschaffen worden war, einheitlich für ganz Berlin, die eine Koalition darstellte von den Kommunisten und Sozialdemokraten und Christen bis zu namhaften bürgerlichen Kreisen. In diesem gleichen Sinne schlugen wir für ganz Deutschland die Bildung einer Zentralverwaltung aus deutschen Vertretern aus allen vier Besatzungszonen Deutschlands vor sowie eine Zusammenarbeit der Länderregierungen. Damit sollte der Weg für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland gebahnt werden, das sich nach der Beseitigung des Nazismus und Militarismus auf einer vom ganzen Volk gewählten Nationalversammlung seine verfassungsmäßige Ordnung geben sollte.“

Diese Politik der Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse weist für ganz Deutschland den Weg in eine friedliche Zukunft. An den Erfahrungen, die wir in der Deutschen Demokratischen Republik in dieser Zusammenarbeit gemacht haben, können sich auch alle westdeutschen Patrioten orientieren. Das gilt nicht zuletzt für unsere christlichen Brüder und Schwestern in Westdeutschland, die darunter leiden, daß die politische

Reaktion das geistige und geistliche Leben der Kirchen pervertiert und ausgehöhlt haben. In der Deutschen Demokratischen Republik hat die grundlegende Erneuerung der Gesellschaftsordnung auch den Kirchen geholfen, zu einer echten gesellschaftlichen Neuorientierung zu kommen. In diesem Prozeß einer geistigen Neubesinnung ist auch die unbewältigte Vergangenheit der Christenheit in Deutschland bei uns weit hin aufgearbeitet worden.

Es ist darum kein Zufall, daß auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik in den letzten Jahren drei große Theologenkongresse stattfinden konnten, die etwas von dieser Neuorientierung sichtbar machten. Im Juni 1959 berieten 200 Theologen aus den beiden deutschen Staaten über die Verantwortung der Christen für eine feste Friedensordnung. Im Mai 1960 trafen sich deutsche und ausländische Kirchenmänner aller Konfessionen, um über ihren Beitrag zur Überwindung des kalten Krieges nachzudenken. Im November 1961 versammelten sich 200 Theologen und Pfarrer aus der DDR. Ihr Thema war der Deutsche Friedensplan als Ruf zur Entscheidung. Die Referate und Erklärungen dieser Kongresse sind Zeugnisse für die wachsende Wahrnehmung politischer Verantwortung unter Christen. Was etwa das Wort von Weimar ausspricht, ist die klare Konsequenz aus den Schulderklärungen von 1945. Dieses Wort beginnt:

„Wir Unterzeichneten, Glieder und Amtsträger evangelischer Gemeinden in beiden Teilen Deutschlands, sind eines Sinnes mit allen, die erklären:

„Den Menschen, den Gott so geliebt hat, wie das Evangelium von Jesus Christus uns sagt, als Objekt von Massenvernichtungsmitteln auch nur denken zu wollen ist Sünde.“

Darum haben wir uns in Weimar zusammengefunden, beunruhigt, daß wir wieder durch unzeitiges Schweigen oder unüberlegte Entscheidung so schuldig werden, wie wir es nach 1945 bekennen mußten.

Wir würden schuldig, wenn wir abermals den Namen Christi dazu mißbrauchten, Frontbildungen irgendwelcher Art zu rechtfertigen, statt uns von ihm dazu befreien zu lassen, unter dem Gebot der Nächstenliebe nach dem Maße menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens Recht und Frieden zu suchen. Darum treten wir ein für eine solche vernünftige Politik und unterstützen eine solche Politik durch unser Wort und Handeln, wo immer wir dazu Gelegenheit haben. Vernünftige Politik ist heute darauf gerichtet:

den kalten Krieg zu beenden, auch gegen den Widerstand derer, denen er nützt, den durch tiefe Interessengegensätze der Mächte gefährdeten Frieden durch eine auf Verträgen be-

ruhende Friedensordnung zu sichern, die keine Nation vergewaltigt, jedem Volk volle Sicherheit bietet und Raum für zukünftige friedliche Entwicklung läßt.

Wir meinen, daß das deutsche Volk und die Regierungen der beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung und spezielle Möglichkeiten haben, eine solche Politik zu fördern.

Vernünftige Politik muß heute in Deutschland darauf gerichtet sein, den Kräften ihren politischen Einfluß zu nehmen, die unser Volk und die Völker der Welt bereits zweimal in furchtbare Kriege gebracht haben.“

Bei einer Diskussion über das nationale Grundsatzprogramm erinnerte kürzlich eine bekannte kirchliche Persönlichkeit in der DDR an das Darmstädter Wort des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche zum politischen Weg unseres Volkes. Der Kirchenmann wies auf gewisse Parallelen zwischen beiden Dokumenten hin und machte damit — vielleicht ungewollt — deutlich, daß allein im Raum der Deutschen Demokratischen Republik jene nach 1945 in Stuttgart und Darmstadt formulierten Ansätze zur geistlichen Neubesinnung weitergeführt worden sind.

Was katholische Denker wie Romano Guardini und Hans Urs von Balthasar in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg ausgesprochen haben — es ist lebendig in den katholischen Staatsbürgern, die hier an einer neuen, sozial gerechten Gesellschaftsordnung mitbauen. Insofern ist unser Staat auch für eine immer zunehmende Zahl von Christen in Westdeutschland, die ein wachsendes Unbehagen gegenüber der Bindung der offiziellen Kirchenleitungen an die Bonner Politik äußern, Vorbild und Perspektive für die Zukunft.

Wenn wir als Christen der Deutschen Demokratischen Republik heute offen Partei ergreifen für unseren Friedensstaat, dann nehmen wir nicht nur unsere nationale Pflicht wahr, sondern bewähren auch gleichzeitig unsere christliche Verantwortung.

Um die Jahrhundertwende hat Bertha von Suttner geschrieben:

„Abschaffung des Krieges wäre gerade so allgemein nützlich wie Abschaffung der Cholera, — ob nun unter den Cholerabekämpfern Sozialisten oder Monarchisten, Gläubige oder Ungläubige mitbeteiligt sind, das sollte doch niemand hindern, sich in ihre Reihen zu stellen. Wir haben nur eine Gegenpartei, die wirklich Grund hat, uns zu meiden oder gar zu schaden: das sind die Chauvinisten.“

Der gemeinsame Feind — der deutsche Imperialismus — und das gemeinsame Ziel: die Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung in der Welt, binden uns fest aneinander im Sinne der Feststellungen des Nationalen Dokumentes:

„In der Deutschen Demokratischen Republik, in der Imperialismus und Militarismus ein für allemal überwunden sind, in der die Ausbeutung der arbeitenden Menschen für immer beseitigt ist, verkörpern sich die demokratischen, humanistischen, friedlichen und sozialistischen Traditionen des deutschen Volkes. Hier regiert das Volk — Kommunisten und Nichtkommunisten, Christen und Atheisten —, vereint in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und im Block der demokratischen Parteien. Hier hat alles seine Heimstatt, was es in der deutschen Geschichte an Gutem, Schönem und Fortschrittlichem gibt. Der jahrhundertelange Kampf der besten, klügsten und fortschrittlichsten Menschen des deutschen Volkes gegen Militarismus und Reaktion, nicht zuletzt auch vieler der besten, talentiertesten und fortschrittlichsten Vertreter der Wissenschaft und Kunst findet hier seine Erfüllung. Dieser erste sozialistische Staat des deutschen Volkes hat die imperialistische Vergangenheit überwunden und ist der Zukunft, einer Welt des Friedens und des Sozialismus zugewandt.“

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung
- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leiboldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)

- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 69 Johannes Zukertort: Das moralische Schuldkonto des deutschen Generalstabes in der Zeit des Faschismus
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit
- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 72 Dipl. oec. Erwin Krubke: „Christliche“ Gewerkschaftspolitik im Dienst antinationaler und antisozialer Bestrebungen der deutschen Großbourgeoisie
- 73 Professor Dr. Josef Hromádka: Friede auf Erden — Hauptreferat auf der I. Allchristlichen Friedensversammlung (13. bis 18. Juni 1961 in Prag)
- 74 Pfarrer Károly Tóth: Die Bedeutung der Ersten Allchristlichen Friedensversammlung vom Juni 1961 in Prag
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten

Verkaufspreis 0.50 DM — Doppelheft 1,— DM